Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigeblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägerlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Rpf. Alles weitere über Nachlaß usw. laut ausliegender Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen-Annahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachlaßanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.

Hauptschriftleitung: Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla — — Vertreter: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla — — Verantwortlich für Anzeigen u. Bilder: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla
Postscheckkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 136.

Nummer 140 | Fernruf: 231 | Donnerstag, den 25. November 1937 | DA.: X. 265 | 36. Jahrgang

Dem Heimatboden verbundene Volkskunst

Geleitwort des Reichsstatthalters zur „Feierohmd"-Schau

Die erzgebirgische Feierabendkunst ist ein überzeugendes Beispiel für die Lebenskraft unseres sächsischen Volkstums. Aus diesem Grunde habe ich das Heimatwerk Sachsen beauftragt, eine umfassende Ausstellung der besten historischen und gegenwärtigen Leistungen unserer Schnitzer und Bastler durchzuführen. Sie soll zeigen, welche außerordentlichen Leistungen der Volksgenosse, der tagsüber seiner harten Berufsarbeit nachgeht, noch nach deren Beendigung zustandebringen kann, wenn er sich seinem Heimatboden verbunden fühlt.

So soll die „Feierohmd"-Schau zu Schwarzenberg nicht nur eine überragende Volkskunstausstellung sein, sondern auch ein Beweis für die nationalsozialistische Anschauung, daß nur der bodenverwurzelte Mensch imstande ist, bleibende Werte zu schaffen.

Martin Mutschmann

Volkstumskraft sichert die Zukunft

Große Arbeitstagung des Heimatwerkes Sachsen

Auf Anordnung des Gauleiters fand in Dresden eine Arbeitstagung statt, die die hauptsächlichsten Aufgabengebiete des Heimatwerkes Sachsen behandelte. An der Tagung nahmen die führenden Vertreter sämtlicher Gliederungen der Partei teil.

Der Leiter der Sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Lahr, machte grundsätzliche Ausführungen über Sinn und Aufgaben des Heimatwerkes Sachsen. Es gelte, die politische Erziehung zu verankern in die eigene Scholle und in die Werte der Heimat. Jedem sächsischen Volksgenossen müsse es zur Selbstverständlichkeit werden, daß unser Gau auf allen Gebieten an der Spitze marschiere. Ein solches Bestreben erfordere aber auch von jedem einzelnen eine Haltung, die den anderen zur Achtung und Ehrerbietung zwinge. Wir müßten dafür sorgen, daß wir entsprechend unserer Leistung auch bewertet würden. Der Redner betonte mit aller Entschiedenheit, daß eine solche Haltung nichts mit Kirchtumspolitik zu tun habe, sondern daß sie im Hinblick auf das Reich notwendig sei und daß sie dafür garantiere, daß all das, was das Wohl des Volkes von uns fordert, nicht Lippenbekenntnis bleibe, sondern verwirklicht werde.

Freiwillige für die Luftwaffe

Einstellung Herbst 1938 im Bereich des Luftkreiskommandos III

Das Luftkreiskommando III gibt bekannt: Für die Herbsteinstellung 1938 werden bei der Flieger- und Luftnachrichtentruppe noch Freiwillige angenommen. Bewerber folgender Berufsgruppen werden in erster Linie berücksichtigt:

a) Bei der Fliegertruppe: Elektriker, Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Büchsenmacher, Kartographen, Feinmechaniker, Motorenschlosser, Mechaniker, Photographen, Optiker, Uhrmacher, Bauschlosser, Kupferschmiede, Vermessungstechniker, Kraftfahrer; außerdem Abiturienten. — Die Bewerbungsschreiben sind zu richten an die Fliegerersatzabteilung Rohra bei Weimar oder die Fliegerersatzabteilung Oschatz (Sa.).

b) Bei der Luftnachrichtentruppe: Telegraphenmechaniker, Funker, Autoschlosser, Kraftfahrer, Maschinenschlosser, Klempner, Radiotechniker, Telegraphenbauhandwerker, Büchsenmacher, Elektrotechniker, Elektromechaniker, Schmiede, Mechaniker, Fernmeldetechniker, Feinmechaniker, Werkzeugmacher, Bauschlosser, Motorenschlosser; außerdem Abiturienten. — Die Bewerbungsschreiben sind zu richten an die Luftnachrichtenabteilung Klotzsche bei Dresden oder die Luftnachrichten-Ersatzabteilung Nordhausen.

Zur schnelleren Bearbeitung der Gesuche sind den Bewerbungsschreiben beizufügen: a) ein handgeschriebener, lückenloser Lebenslauf, b) zwei Paßbilder (kein Profilbild) in bürgerlicher Kleidung ohne Kopfbedeckung, nicht in Uniform, Größe 3,7 mal 5,2 Zentimeter mit Namensangabe auf der Rückseite, außerdem von nicht gemusterten Bewerbern der Freiwilligenschein, von gemusterten Bewerbern ein polizeilich beglaubigter Auszug aus dem Wehrpaß. Formblätter sind bei den polizeilichen Meldebehörden, für im Reichsarbeitsdienst sich befindende Bewerber bei den Reichsarbeitsdienst-Meldeämtern, erhältlich.

Das Merkblatt für den freiwilligen Eintritt in die Luftwaffe (Ausgabe Oktober 1937), aus dem alles weitere ersichtlich ist, ist bei folgenden Dienststellen erhältlich: SA., SS., NSKK., NSFK., HJ., DAF., Arbeitsämter, Reichsarbeitsdienst. Auskünfte erteilen auch alle Wehrersatz-Dienststellen. Freiwillige melden sich in ihrem eigenen Interesse sobald wie möglich. Bewerber, die sich verspätet melden, müssen damit rechnen, daß der Freiwilligenbedarf bei dem Truppenteil, den sie sich ausgesucht haben, bereits gedeckt ist.

Politische Gangster-Methoden

Selbsterniedrigung eines englischen Blattes

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz":

Erst vor kurzem sahen wir uns genötigt, mit deutlichen Worten Pressemanövern entgegenzutreten, die noch vor dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax versuchten, mit dreisten Unterstellungen die internationale politische Atmosphäre zu vergiften. Man hätte annehmen sollen, daß diese überall verstandene klare Antwort auf derartige für die Besserung der internationalen Beziehungen denkbar „ungeeignete Methoden" genügt hätte, nun den verantwortungslosen Elementen in der ausländischen Presse die Lust zu nehmen, ihre ebenso lächerlichen wie gefährlichen Machenschaften fortzusetzen.

Diese Hoffnung war trügerisch! Nach dem Besuch des Lordpräsidenten Halifax wurde die Lügenflut eines Teiles der ausländischen Presse schlimmer denn zuvor. Angebliche „Forderungen", angebliche „Wünsche" und Behauptungen über mehr oder weniger „politische Erpressungen" des Führers (!!) sind nach wie vor in den Spalten dieser Blätter Themen des Tages. So liefert uns neuerdings der „Manchester Guardian" ein Musterstück lügenhafter Berichterstattung.

Der Diplomatische Korrespondent dieses Blattes berichtet, daß deutscherseits in den Besprechungen mit Lord Halifax „Forderungen" gestellt worden seien, die sich in folgende Punkte zusammenfassen ließen:

1. Deutschland sei bereit, dem Völkerbund unter einer Reihe von Bedingungen, die sich auf bestimmte Punkte des Versailler Vertrages und die Anerkennung der italienischen Oberhoheit über Abessinien beziehen, wieder beizutreten.

2. England werde von Deutschland aufgefordert, einer Reorganisation des tschechischen Staates nach dem Muster des Schweizer Bundessystems zuzustimmen, wobei das Sudetenland den Charakter eines Schweizer Kantons erhalten solle.

3. England werde aufgefordert, sich zu verpflichten, der österreichischen Regierung keinen diplomatischen, politischen oder militärischen Beistand zu geben.

4. Deutschland verpflichte sich, die Kolonialfrage für eine Periode von sechs Jahren nicht aufzugreifen, und verspreche, später keinerlei Flotten- oder Militärbasen in seinen früheren Kolonien einzurichten.

5. Deutschland verpflichte sich, den Frieden in Spanien wiederherzustellen, sobald die britische Regierung die Regierung in Salamanca de jure anerkannt habe, usw.

So viel Worte, so viel Lügen!

Wir wissen nicht, aus welcher trüben Quelle diese „Informationen" stammen, aber wir wissen, daß sie von Anfang bis Ende lügenhafte Erfindungen sind!

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sah sich veranlaßt, auf diesbezügliche Anfragen am Mittwoch im Unterhaus alle diese Spekulationen nicht nur als unverantwortlich sondern auch als höchst unrichtig zu bezeichnen. Wir möchten sie als freche und unverschämte politische Verleumdungen, ihre Verbreiter als internationale Brunnenvergifter brandmarken! Mit solchen publizistischen Gangster-Methoden kann man dem nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr kommen!

Wie oft sollen wir es sagen: Es ist bei uns nicht üblich, dem Minister eines befreundeten Landes, der nach Deutschland kommt zwecks „Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens" Forderungen zu stellen und ihm die Pistole auf die Brust zu setzen! Alle Kombinationen in dieser Richtung tragen also schon von vornherein den Stempel der Lüge auf der Stirn!

Wenn der Diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian" seinem lügnerischen Elaborat die Krone aufsetzt, indem er seine Regierung auffordert, diese uns so dreist unterschobenen „Vorschläge", die das „größere Deutschland in embryo" enthielten, als unannehmbar zurückzuweisen, weil ihre Annahme eine „Krise der englisch-französischen Beziehungen" bedeuten und außerdem die „englisch-amerikanischen Beziehungen stören würde" usw., dann wissen wir, was man mit diesen fortgesetzten infamen Unterstellungen Deutschland gegenüber bezwecken möchte.

Wir werden auch in Zukunft diesen politischen Gangster-Methoden mit der ihnen gebührenden Deutlichkeit entgegentreten und den publizistischen Strauchrittern die Maske vom Gesicht reißen. Denn wir sind mehr denn je überzeugt, daß, solange diesen internationalen Brunnenvergiftern, die jede Fühlungnahme zu lügenhafter Hetze benutzen, nicht das Handwerk gelegt ist, alle politischen Besuche und Besprechungen zwecklos sind und nur zu einer Verwirrung der internationalen Lage beitragen können.

Die kulturellen Beziehungen Deutschland—Ungarn

20 Jahre Ungarisches Institut an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität

In diesem Jahr kann das Ungarische Institut an der Universität Berlin auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand in Anwesenheit führender Männer des wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens sowie von Vertretern des Reiches, der Partei und ihrer Gliederungen wie der Wehrmacht eine Feierstunde statt in Anwesenheit des Königlich ungarischen Ministerpräsidenten von Daranyi und des Reichsministers Rust, die über die kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland während der letzten Jahrhunderte sprachen.

Ministerpräsident von Daranyi gab seiner Freude Ausdruck, daß sein Berliner Besuch mit der Zwanzigjahrfeier zusammenfalle, denn als eines der ältesten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts habe er die kulturellen Bestrebungen des Instituts mit warmer Anteilnahme verfolgt und gefördert. Daranyi gab einen Rückblick der kulturellen Entwicklung Ungarns bis zum Weltkrieg. Der ungarische Soldat, dessen Ruhm die ungarischen kulturellen Bestrebungen in Schatten stellte, verstand es, die Schranken der vor dem Weltkrieg bestandenen Gleichgültigkeit gegenüber Ungarn zu sprengen. Sein Heldengeist im Weltkrieg erweckte die Beachtung auch für das ungarische Volk, seine Geschichte, seine Kultur. Für Deutschland wurde Ungarn neu entdeckt. Man sah, daß eine schicksalhafte Verbundenheit nur dann von Ewigkeitswert sein kann, wenn ihre Wurzeln in dem fruchtbaren Boden des gegenseitigen Verständnisses ruhen.

Die deutsche Sprache, auch in der Gegenwart als erste Fremdsprache in allen höheren Schulen gelehrt, ist einem großen Teil der Ungarn geläufig. Die ungarische Kultur fand hingegen — bis zum Weltkrieg — in Deutschland nirgends eine, wenn auch noch so bescheidene, Heimstätte. Ungarn blieb dem deutschen Volk nicht nur unbekannt, sondern es wurde auch vielfach verkannt. So ist es verständlich, daß die Errichtung eines ungarischen Lehrstuhles und bald nachher die Gründung eines ungarischen Universitätsinstitutes in der ungarischen Oeffentlichkeit eine aufrichtige Freude auslöste. Nach zwei Jahrzehnten geistiger Tätigkeit kann festgestellt werden, daß das Institut die Erwartungen, die man an seine Arbeiten knüpfte, in vollem Maß erfüllte.

Den im vergangenen Jahre auf der Grundlage der Gegenseitigkeit abgeschlossenen Kulturvertrag betrachtet Ungarn als die höchste Sanktionierung einer historischen Entwicklung.

Minister Rust betonte, daß sich das Ungarische Institut auch besondere Aufmerksamkeit für Deutschland dadurch verdiente, daß es sich die Erforschung des ungarländischen Deutschtums angelegen sein ließ.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme im Deutschen Reich mußte sich auch das Verhältnis Deutschlands zu Ungarn neubeleben. Die Erinnerung an die Waffenbrüderschaft im Weltkrieg, das gemeinsame Schicksal nach seinem unglücklichen Ausgang und die gemeinsame Front im Kampf gegen den Bolschewismus, dessen Schreckensregiment beide Völker an ihrem eigenen Leibe verspürt haben, mußte uns zusammenführen.

Der Minister schloß mit der Versicherung, daß die Reichsregierung alles tun werde, um das Institut im Sinne seiner Gründung zu lebendiger Wirksamkeit gelangen zu lassen.

Ostasienkonferenz ergebnislos

Auf unbefristete Zeit vertagt

Die Ostasienbesprechung hielt am Mittwoch ihre Schlußsitzung ab, in der die angekündigte Erklärung besprochen wurde, jedoch nicht die erforderliche Einstimmigkeit fand.

Der chinesische Vertreter Wellington Koo bedauerte, daß die von China vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Annahme bestimmter Maßnahmen von der Konferenz nicht geprüft wurden. Die chinesische Vertretung spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß ein neues Bemühen nur dann erfolgreich sein kann, wenn es bald und in aktiver Weise erfolgt; China stimme der Erklärung mit diesen Vorbehalten zu.

Der italienische Vertreter Graf Marescotti erinnerte daran, daß er schon zu Beginn der Konferenz Zweifel an ihrer Nützlichkeit ausgesprochen habe; er halte die Vertagung für gerechtfertigt und würde sogar die Auflösung der Konferenz für richtig halten.